

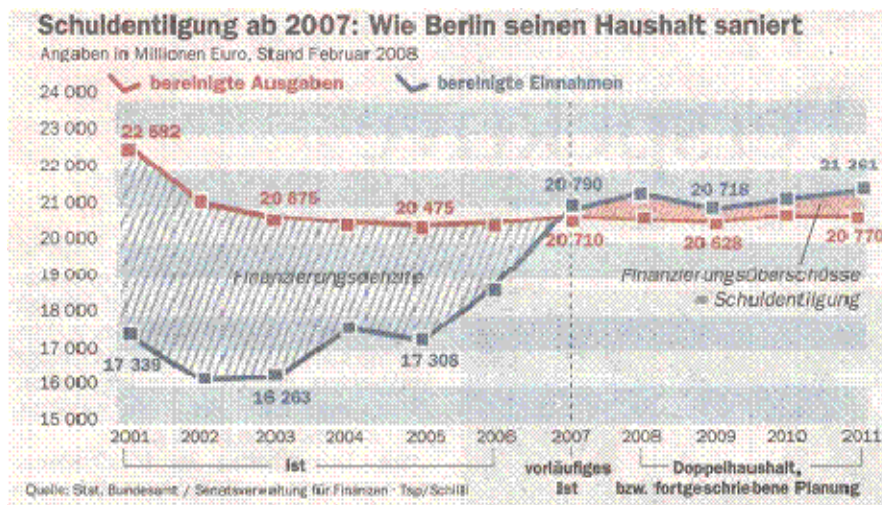
Mein Berlin, mein Berlin (VI)

Seit Herbst letzten Jahres hat Berlin eine ganze Reihe von Rückschlägen in seinem Bemühen, wenigstens nicht schlechter als andere Bundesländer behandelt zu werden, verkraften müssen.

1. **Die Normenkontroll-Klage** vom 07. Dezember 2007 zur Rückgabe von 9.500.000 m² Reichsvermögen an Berlin ging verloren!

§ 19 (1) des entsprechenden R Verm Gesetzes vom 16. Mai 1961 lautet: „§ 5 (Rückfallvermögen) gilt nicht im Land Berlin. Eine besondere Regelung bleibt insoweit vorbehalten.“ Trotzdem wurde am 08. Februar 2008 vom Bundes-Verfassungsgericht entschieden, dass Berlin seine Ansprüche an den Bund innerhalb eines Jahres nach dem 03. Oktober 1990 hätte anmelden müssen! Im Jahre 2003 hatten alle Bundesländer Berlin im Bundesrat bei seinen Bemühungen um Gleichbehandlung unterstützt. Da Bundestag und Bundesregierung den Bundesrats-Beschluss ablehnten, genauso wie jetzt auch unser höchstes Gericht, steht Berlin derzeit mit leeren Händen da.

2. **Hilfen beim Abbau der Überschuldung** versprach sich Berlin durch Umwidmung des Solidaritäts-Zuschlages zur Einkommensteuer in einen „Schulden-Soli“ für die besonders stark belasteten Länder Berlin, Bremen, Saarland, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt. In der Kommission zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung entwickelte der Finanzminister von Rheinland-Pfalz, Ingolf Deubel (SPD), sein Modell. Es sieht vor, den am höchsten verschuldeten Bundesländern 27 Milliarden Euro Schulden abzunehmen, damit sie dauerhaft ihre Zinslasten selber tragen können. Auf Berlin entfielen dabei 13,7 Mrd. Euro, für die die Stadt bis jetzt jährlich 700 Millionen Euro Zinsen zahlen muss. (vgl. Berliner Morgenpost vom 06. Januar 2008) Nach der letzten Tagung dieser Kommission am 14. Februar 2008 war völlig überraschend nur noch von Hilfen für die Länder Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein die Rede, weil diese Länder erklärt hatten, sie könnten bis 2019 keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. „Im Gegensatz dazu macht Berlin seit 2007 keine neuen Schulden mehr, sondern erwirtschaftet im Landeshaushalt kleine Überschüsse.“ (Tagesspiegel, 16. Februar 2008).



Erst im Herbst 2008, nach der Landtagswahl in Bayern, will die Kommission wieder über die Altschulden beraten... (s. Schaubild)

3. Die **Konzentration der Geschäftssitze aller Bundesministerien in Berlin** könnte jährlich z. B. 66.000 dienstlich veranlasste Flugreisen von Bonn nach Berlin, könnte viel Zeitverlust bei allen Beteiligten und sonstige Verschwendungen (Aufenthaltskosten, Tagegelder etc.) einsparen. Da verwundert es doch sehr, am 22. Februar 2008 im Tagesspiegel zu lesen, dass Peter Struck bei einer Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer zu Berlin die Meinung vertrat, der Komplettumzug der Bundesregierung nach Berlin wird kommen, „aber nicht in den nächsten 20 Jahren“. (Tagesspiegel) Peter Struck ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag und zugleich mit Herrn Oettinger, dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Vorsitzender der Kommission zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung...

Fazit: Die Mauer musste Berlin von **1961 – 1989** ertragen, **also 28 Jahre lang**; für den Komplettumzug von der provisorischen Hauptstadt Bonn nach Berlin werden locker die Jahre von **1990 – 2028** veranschlagt, also **mindestens 38 Jahre!**

Wer das als normal empfindet, möge sich bei mir melden!

Detlef Schuster